



Der Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 21.10.2010

1. Den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Gesundheitsausschusses
am Dienstag, 26. Oktober 2010, um 16:30 Uhr,
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, Ludwig-Erhard-Straße 100,
Dienstgebäude, Großer Besprechungsraum (EG)

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.8.2010
2. 10-V-20-0035 DL 34/10-1 NÖ
Abwendung einer Gefahr der Insolvenz bei den HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH;
Umsetzungsfortschritt der Sanierungsbemühungen
3. 10-F-25-0063 ANLAGE
Klinikärzte in Wiesbaden
- Bericht des Dezernates III vom 20.8.2010 -

4. 10-F-03-0016

Schwangerschaftsdiabetes: Angebote der HSK
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6.10.2010 -

Durch eine Schwangerschafts- oder Gestationsdiabetes steigt das gesundheitliche Risiko für Mutter und Kind. Das Kind wird dicker und größer (Makrosomie) und muss häufiger durch einen Kaiserschnitt entbunden werden. Die Fruchtwassermenge nimmt durch eine erhöhte Urinproduktion zu, was wiederum zu häufigeren Frühgeburten führt. Auch das Risiko an Gelbsucht zu erkranken ist für Kinder von Müttern mit Gestationsdiabetes höher. Viele Ärztinnen und Ärzte, auch an den Horst-Schmidt-Kliniken (HSK), bieten deshalb Schwangeren eine Diabetesdiagnose an.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Welche Diagnoseverfahren bietet die HSK Schwangeren routinemäßig an?
- Welche Hilfsangebote erhalten Schwangere, bei denen eine Diabetes diagnostiziert wird?
- Gibt es Erkenntnisse darüber, ob ein Diabetesscreening zu einer Verminderung der Kaiserschnitttrate führt?

5. 10-F-03-0018

Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 6.10.2010 -

Aufgrund der seit Anfang Juli dieses Jahres erhöhten Versicherungsprämien für die Berufshaftpflicht hat sich die finanzielle Situation vor allem für freiberuflich arbeitende Hebammen erheblich verschlechtert. Den Medien war zu entnehmen, dass einige Hebammen bereits ihren Beruf aufgeben und Geburtshäuser schließen mussten. Frauen mit solch umfangreichem Fachwissen sollten ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten mit angemessener Bezahlung erhalten. Schwangere, Gebärende und junge Eltern sollten die Möglichkeit haben, auf diese Frauen zurückzugreifen, um sich beraten und unterstützen zu lassen.

Daher möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- Über die berufliche Situation der Hebammen in Wiesbaden zu berichten.
- Darzustellen, welche Möglichkeiten er sieht, die Einsatzmöglichkeiten und die berufliche Situation von Hebammen auf lokaler Ebene zu unterstützen und zu verbessern.
- Sich auf Landes- und Bundesebene für eine Verbesserung der beruflichen Situation der Hebammen einzusetzen und beispielsweise auf Landesebene ein Modellprojekt, analog dem in Rheinland-Pfalz und Bayern*, anzuregen.

**In einem Modellprojekt der Länder Rheinland-Pfalz und Bayern wird derzeit ein interessanter Ansatz erprobt, um bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen zu schaffen. Die geplante Ausweitung der Wochenbettbetreuung durch Hebammen von derzeit zwei auf sechs Monate kommt jungen Familien zugute und kann sich gleichzeitig positiv auf die Arbeitsbedingungen der freiberuflichen Hebammen auswirken*

6. 10-F-25-0018

ANLAGE

Schuleingangsuntersuchungen
- *Bericht des Dezernates VIII vom 11.10.2010* -

7. 10-F-03-0017

Ironman 2010 / Erkrankungen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6.10.2010 -

Wie in der Presse verlautbart, sind einige Teilnehmer nach dem Ironman 2010 in Wiesbaden, möglicherweise durch verunreinigtes Wasser im Schiersteiner Hafen, erkrankt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

warum er trotz der wenig positiven Beurteilung der Wasserqualität durch das Gesundheitsamt (vgl. Presse z.B. FR 25.08.2010) die Schwimmstrecke im Hafenbecken für den Wettbewerb freigegeben hat.

8. 10-F-03-0020

Maßnahmen gegen Fluglärm in der Region
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2010 -

Die Anhörung im hessischen Landtag im September dieses Jahres hat noch einmal deutlich gemacht, dass sich Fluglärm negativ auf die Gesundheit der Betroffenen auswirkt. Der Landtag war sich einig in seiner Forderung nach einer Verkehrslärmstudie, aber nicht darin, wie umfassend und wie schnell die Studie erstellt werden soll.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- Der Ausschuss begrüßt die Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden am Fluglärmmonitoring der Städte in der Region durch den Deutschen Fluglärmdienst.
- Der Magistrat wird gebeten, sich bei der hessischen Landesregierung für eine möglichst rasche Erstellung einer Verkehrslärmstudie für die Rhein-Main-Region mit Konzentration auf den Fluglärm einzusetzen.

9. 10-A-17-0001

Bericht der Gesundheitsdezernentin

10. Verschiedenes

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 26. Oktober 2010

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Abt
Vorsitzender